

KOMMUNALE GEBIETSREFORM

1. KURZER RÜCKBLICK

1.1 NOVEMBERSITZUNG

In der Novembersitzung 2011 hat der VG-Rat Gebharsdshain auf Antrag der SPD beschlossen, mit allen drei potenziellen Partnern, den VG'en Betzdorf, Daaden und Wissen (alphabetisch geordnet) Gespräche aufzunehmen und gemeinsame Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne einer Entscheidungsmatrix auszuloten und zu beschreiben.

1.2 FRAKTIONSSITZUNG IM JANUAR

In einer Presseveröffentlichung über eine Fraktionssitzung im Januar haben wir bereits darauf hingewiesen, dass eine konkrete Bürgerbefragung erforderliche sei. Zitat:

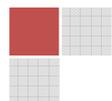
Für die weitere Vorgehensweise schließt die SPD eine erneute Bürgerbefragung nicht aus. Die Ergebnisse der Gespräche müssten jetzt einer ersten Bewertung unterzogen, aufbereitet und veröffentlicht werden. In der März-Sitzung könnte sodann der VG-Rat grundsätzlich die Fusionswilligkeit beschließen. Ein Terminproblem dürfte nach SPD-Einschätzung dabei nicht entstehen. Dem Land werde es vor dem Hintergrund der andernorts (Westhofen) gemachten Erfahrungen eine gründliche Bürgerbeteiligung wichtiger sein, als schädliche Eile. Bereits in der März-sitzung könnte – wenn die Vorbereitungen weit genug gediehen seien - eine erneute Bürgerbefragung beschlossen werden, deren Ergebnis dann über die weitere Vorgehensweise entscheidet. Christoph Schneider: „In die bereits durchgeführte Befragung wird allerhand hineininterpretiert. Es ist aus SPD-Sicht nicht in Ordnung, aus den freiwilligen Zusatztexten herauszulesen, welche Fusion von den Menschen bevorzugt wird“. Ansage der SPD sei vielmehr: „Wer die Menschen entscheiden lassen will, welchen Partner sie bevorzugen, muss zuallererst sehr gut und objektiv informieren und dann auch die konkrete Frage, verständlich formuliert, stellen. Alles was wir jetzt tun, muss in Sachen Transparenz, Verbindlichkeit und Sorgfalt später einer historischen und juristischen Rückschau standhalten“.

1.3 VG-RAT AM 15.3.2012

In der Sitzung des VG-Rates am 15. März erklärte Bürgermeister Konrad Schwan, dass die Gespräche der Verwaltung mit den drei Partnern noch andauern würden. Er legte den Ratsmitgliedern ein Papier vor, in dem die verschiedenen erfolgskritischen Kriterien aufgeführt waren, allerdings lediglich zum potenziellen Partner Daaden wertende Aussagen gemacht wurden. Er teilte mit, er wolle die Gespräch zu Ende führen, das Informationspapier vervollständigen und auch noch Gespräche mit Staatssekretär Häfner aus dem ISIM führen. Es werde wahrscheinlich in kurzer Frist zu einer weiteren Sitzung des VG-Rates kommen, in der dann über den Fortgang entschieden werden könne.

Entgegen der vorgestellten Planung des Bürgermeisters setzten allerdings die Befürworter einer Fusion mit Daaden das Brecheisen an. Debatte und Abstimmung sind bekannt: **Mit 14 zu 13 Stimmen**, bei einer Enthaltung aus dem Rat und bei Enthaltung des Bürgermeisters hat der VG-Rat Gebhardshain entschieden, nur noch mit Daaden über eine mögliche Fusion zu sprechen.

Der Antrag der SPD, (endlich) die Bürgerinnen und Bürger zu fragen, mit welcher VG nach ihrer Meinung die VG Gebhardshain verschmolzen werden sollte, erhielt weder aus dem Lager der Daaden-



Befürworter, noch aus dem Lager derjenigen, die selbständig bleiben wollen, eine Stimme und war damit abgelehnt.

Über die zählbare Klarheit der beiden Beschlüsse hinaus, gab es bezüglich der Beweggründe für das jeweilige Abstimmungsverhalten neue Erkenntnisse. Bürgermeister Schwan und der CDU-Sprecher Rainer Schütz begründeten ihre Präferenz für Daaden in erster Linie damit, dass diese die Gewähr dafür biete, dass weitgehend alles so bleiben könne, wie es jetzt sei.

Aussagen:

- ▶ Der Verwaltungsstandort bleibt erhalten
- ▶ Die „Bedeutung“ von Gebhardshain bleibt erhalten
- ▶ Die Schulen bleiben erhalten
- ▶ Die Kindergarten-Trägerschaft kann so bleiben, wie sie ist

Bürgermeister Schwan zeichnete das Bild einer nicht mehr bürgernahen Verwaltung für den Fall, dass mit einer anderen VG fusioniert werde. Er warnte eindringlich davor, die VG Gebhardshain auf mehrere VG'en aufzuteilen. Vereinsstrukturen, Kirchengemeinschaften, Spielgemeinschaften usw. würden alle zerstört, wenn dies der Fall wäre.

2. BEWERTUNG DURCH DIE SPD-FRAKTION

2.1 VERZICHT AUF DREIERGESPRÄCHE

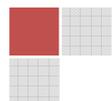
Stellen wir uns für einen Moment vor, die endgültige Fusionsentscheidung für Daaden würde mit einem ähnlich knappen Ergebnis abgelehnt, weil einige Ratsmitglieder andere Erkenntnisse gewonnen hätten oder in den Ortsgemeinden ergäben sich Abstimmungsergebnisse gegen die Fusion mit Daaden.

Es würde sich rächen, dass ausdrücklich auf Gespräche, mit den beiden anderen potenziellen Partnern verzichtet werden soll. Bleibt die Frage, ob der Bürgermeister sie gegen den Willen des Rats trotzdem fortsetzt und die Info-Matrix vervollständigt. Fraktionssprecher Christoph Schneider: „Wir ständen vor einem durch die Brecheisen-Methode in der Märzsession herbeigeführten Scherbenhaufen“.

2.2 BEWERTUNG DER ARGUMENTE BÜRGERMEISTER SCHWAN UND CDU-SPRECHER SCHÜTZ

Wenn nach Ansicht des Bürgermeisters und des CDU-Fraktionssprechers möglichst viel so bleiben soll, wie es ist, widerspricht dies eindeutig dem Sinn des Gesetzes und des Reformvorhabens. Ziel der Verwaltungsreform ist es vielmehr, nicht mehr zwei komplette Verwaltungssitze unterhalten zu müssen. Ziel muss es sein, so viele Synergien zu heben, wie es geht und nicht umgekehrt an das Projekt heranzugehen und möglichst viel von der heutigen Struktur erhalten zu wollen. Allen wohl und keinen wehe funktioniert an dieser Stelle nicht. Und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger steht im Vordergrund.

Bernd Becker, Fensdorf: „Den Erhalt des Rathauses mit Bürgernähe zu begründen ist nicht redlich. Bestandteil des Reformvorhabens der Landesregierung war von Anfang an ein Mehr an Bürgernähe. Wir erinnern auch daran, dass die SPD-Fraktion im VG-Rat schon vor Jahren ein Bürgerbüro in Elkenroth thematisiert hat. Solchen dezentralen Strukturen gehört die Zukunft, nicht aber zwei „Regierungssitzen“ für eine Verbandsgemeinde“.



Gebhardshain braucht in der älter werdenden Gesellschaft eher ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) denn ein Rathaus.

Bernd Becker: Um es einmal plastisch vorstellbar zu machen: „Der Sitzungssaal wäre ein schöner Fitness-Geräteraum für die physiotherapeutische Praxis dieses Medizinischen Versorgungszentrums“. Bürgermeister Schwan thematisiert in diesem Zusammenhang sehr stark auch das eigene Wasser vom Neunkausener Plateau und stellt vielsagend die Möglichkeit von Preiserhöhungen in den Raum. Die VG-Werke liefern heute schon Wasser in andere Verbandsgemeinden und über die Kreisgrenze. Wo wäre für den „Wirtschaftsbetrieb“ Wasserwerke das Problem? Tendenziell sind die Werke eher auf zusätzliche Kunden angewiesen, um die Preisentwicklung in moderaten Bahnen zu halten. Die SPD-Fraktion sieht jedenfalls kein unlösbares Problem an dieser Stelle.

Die ebenfalls als Argument angeführten Vereinsstrukturen würden sich jeder denkbaren Entwicklung anpassen oder die Neugestaltung kommunaler Grenzen schlicht ignorieren.

2.3 BÜRGERBETEILIGUNG

Aus Sicht der SPD ist es nicht klug, eine solch wichtige Entscheidung zu treffen, ohne den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu kennen.

Deshalb wäre jetzt angesagt (gewesen):

- ▶ **Fertigstellung der Info-Matrix**
- ▶ **Veröffentlichung dieser Informationen über das Mitteilungsblatt**
- ▶ **Bürgerbefragung mit der konkreten Frage nach dem gewünschten Fusionspartner**

Es gibt offenbar eine einheitliche Einschätzung dahingehend, dass die Ortsgemeinden bei der Frage nach dem Wunschpartner zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen würden, wenn die Bürgerinnen und Bürger befragt würden. Ein solches Ergebnis wäre problematisch für diejenigen, die seit Monaten laut für Daaden werben und auch problematisch für die Haltung des Bürgermeisters, dessen Ziel es ist, dass die VG zusammen bleibt.

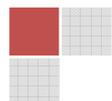
Ratsmitglied und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Ralf Weyrich: „Man will auf die Befragung der Bürger verzichten, weil man befürchtet, dass die Ergebnisse nicht in die jeweiligen Pläne passen“.

Das Abstimmungsergebnis von 14 : 13 im VG-Rat spiegelt möglicherweise die regional unterschiedlichen Auffassungen wider. Die Erkenntnisse dahingehend, ob Gemeinden in andere Richtungen streben, werden wir jetzt möglicherweise erst gewinnen, wenn nach einem möglichen Fusionsbeschluss im VG-Rat die Ortsgemeinderäte beraten und beschließen.

Alle dann denkbaren Szenarien sind aus SPD-Sicht nicht erstrebenswert:

- ▶ Es gibt eine Mehrheit der Gemeinden oder der Einwohner gegen die Fusion mit Daaden. Der Widerspruch ist nicht auflösbar und es kommt zur gesetzlichen Regelung aus Mainz. Das Heft des Handelns ist nicht mehr in heimischer Hand. Nicht erstrebenswert.
- ▶ Es gibt eine knappe Entscheidung für Daaden, die verbitterte Akteure und unzufriedene Bürgerinnen und Bürger in großer Zahl zurücklässt. Ebenfalls nicht erstrebenswert.

3. WIE GEHT ES WEITER?



Dem Land werden – dies kann man wohl unterstellen – zwei Dinge wichtig sein:

- ▶ Berücksichtigung des Bürgerwillens und
- ▶ nach der Reform eine VG weniger als vorher.

Für die Bürgerinnen und Bürger geht es offenbar nicht nur um einen fernen Verwaltungssitz, sondern auch um ein Stück Zusammengehörigkeitsgefühl. Naturgemäß werden die Menschen in Elkenroth oder Nauroth mehrheitlich zu anderen Ergebnissen kommen, als in Gebhardshain oder Fensdorf. Entscheidend sind aus Sicht der SPD-Fraktion:

- ▶ Wie sind die Schülerströme? Wie können Schulgebäude bei sinkenden Schülerzahlen genutzt werden?
- ▶ Wo gibt es ÖPNV? Wie kann ÖPNV gemeinsam weiterentwickelt werden?
- ▶ Mit welchem Partner ergibt sich eine gesunde Struktur? Gibt es beispielsweise einen perspektivisch gemeinsam anerkannten zentralen Ort?

Das sind Fragen, die den Menschen wichtig sind. Aktuelle Verschuldungen und Investitionen der potenziellen Partner treten hinter diesen Aspekten zurück, ebenfalls die Frage, ob Verwaltungsstrukturen ähnlich oder unterschiedlich sind.

Die Brecheisenmethode der FWG, offenbar unterstützt durch große Teile der CDU, hat zwar Klarheit gebracht, was die Haltung der Ratsmitglieder angeht, wirft andererseits aber all die beschriebenen Probleme auf.

Es muss jetzt darum gehen, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen. Bevorstehende Entscheidungen müssen nachvollziehbar begründet und mit Fakten unterlegt sein. Machtpolitisches Durchdrücken würde einen Scherbenhaufen hinterlassen.

Die Ortsgemeinden haben immer noch die Chance, ihre Bürgerinnen und Bürger zu befragen. Nur so könnte die Chance genutzt werden zu einem Zeitpunkt Klarheit über die Wünsche der Menschen zu haben, zu dem noch aktiv gehandelt werden kann.

Die Befürworter einer Fusion mit Daaden führen immer wieder den bestehenden Zeitdruck an. Durch die Fehlentscheidung mit den beiden anderen potenziellen Partnern nicht mehr (parallel) zu reden können alle Gremien direkt in die Falle der ablaufenden Frist gebracht werden. Aus SPD-Sicht ist viel Zeit vertan worden. Selbst wenn die so genannte Hochzeitsprämie nicht mehr in Anspruch genommen werden kann, ist der SPD Sorgfalt und Bürgerwille immer noch wichtiger, als eine unausgesehene Schnellentscheidung, die nicht dem Ziel des Gesetzes entspricht. Im Übrigen besteht neben der Fusionsprämie auch die Möglichkeit, sinnvolle Fusionen mit projektgebundenen Zuweisungen zu unterstützen.

Fraktionssprecher Christoh Schneider: „Wir würden uns wünschen, dass in den Ortsgemeinden jetzt Interesse am Votum der Bürgerinnen und Bürger gezeigt wird, zumindest aber die Räte sich zeitnah mit dem Thema befassen, damit so früh wie möglich klar wird, ob die jetzt mit knapper Mehrheit eingeschlagene Richtung überhaupt eine Zukunft hat“.

